

N i e d e r s c h r i f t

**der 19. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 23.03.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:06 Uhr bis 17:41 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	Teilnahme für Herrn Bönisch
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 16:45 Uhr
Herr Egbert Geier	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Frau Annemarie Kraft	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 19. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gratulierte den Hauptausschussmitgliedern, die am 20. März 2011 in den Landtag von Sachsen-Anhalt gewählt wurden.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

TOP 5.1 Wahl der/des Beigeordneten für Planen und Bauen
Vorlage: V/2011/09577

TOP 6.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Überprüfung der städtischen Förderung von Projektfördermitteln und Kommunal-Kombi-Lohn durch das Rechnungsprüfungsamt
Vorlage: V/2010/09364
gleiche Voten in den Fachausschüssen

Hinsichtlich des TOP 5.4

Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12
Vorlage: V/2010/09214

bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, diesen trotz gleicher Voten in den Fachausschüssen auf der Tagesordnung zu belassen, um darüber nochmals beraten zu können.

Bezüglich des TOP 5.5

Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII
Vorlage: V/2011/09588

merkte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** an, dass dieser auf der Tagesordnung verbleiben müsse. Entgegen der Sitzung im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss wurde in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften ein fraktionsübergreifender Änderungsantrag eingebracht und durch die Verwaltung übernommen. Demzufolge liegen unterschiedliche Voten vor.

Darüber hinaus schlug **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** vor, den TOP 6.2

Antrag des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zum Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule
Vorlage: V/2010/09228

ebenfalls auf der Tagesordnung zu belassen. Ihres Erachtens wäre die Abstimmung des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Planungsangelegenheiten als unterschiedliche Voten zu betrachten.

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

zu 5.2 Benennung der Vertreter/ Stellvertreter der Stadt Halle (Saale) in die Arbeitsgemeinschaft "Ländlicher Raum"
Vorlage: V/2011/09582

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

zu 5.3 Besetzung des Beirates der Stadion Halle Betriebs GmbH
Vorlage: V/2011/09587

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf die Ausführungen von Frau Oberbürgermeisterin Szabados, den TOP 5.4 in der heutigen Hauptausschusssitzung zu behandeln und fragte nach den Gründen.

Seines Erachtens bestünde dafür keine Veranlassung, da alle zuständigen Fachausschüsse über die Vorlage beraten und ein eindeutiges Votum abgegeben haben. Zusätzliche Informationen könne die Verwaltung in der kommenden Stadtratssitzung geben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass sie in Vorbereitung der Stadtratssitzung auf einige Argumente hinweisen wolle, um sicher zu stellen, dass eine genaue Abwägung vorgenommen wurde und um langwierige Diskussionen im Stadtrat zu vermeiden.

Des Weiteren bestünde bei einer heutigen Behandlung die Möglichkeit, dass die Verwaltung ihre Vorlage bis zur Stadtratssitzung eventuell ändern könne, um seitens der Stadträte doch eine Zustimmung zu erreichen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob die Absetzung eines Tagesordnungspunktes aufgrund gleicher Voten in den Fachausschüssen zwingend vorgeschrieben sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass sie einen Vorschlag zur Tagesordnung einbringe. Die Hauptausschussmitglieder haben die Möglichkeit, durch einen entsprechenden Geschäftsordnungsantrag weitere Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung der Vorlage entsprechend des TOP 5.4. Er begründete dies damit, dass die Verwaltung in den Ausschusssitzungen ihre Argumente sehr detailliert vorgetragen und erläutert habe. Seines Erachtens wären alle Fragen beantwortet, so dass eine nochmalige Beratung in der heutigen Hauptausschusssitzung nicht erforderlich sei.

Daraufhin setzte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** den TOP 5.4

Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das
Schuljahr 2011/12
Vorlage: V/2010/09214

aufgrund gleicher Voten von der Tagesordnung ab.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2011
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 16.02.2011 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen

- 5.1 *Wahl der/des Beigeordneten für Planen und Bauen*
Vorlage: V/2011/09577 *abgesetzt*
- 5.2 Benennung der Vertreter/ Stellvertreter der Stadt Halle (Saale) in die Arbeitsgemeinschaft "Ländlicher Raum"
Vorlage: V/2011/09582
- 5.3 Besetzung des Beirates der Stadion Halle Betriebs GmbH
Vorlage: V/2011/09587
- 5.4 *Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12*
Vorlage: V/2010/09214 *abgesetzt*
- 5.5 Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII
Vorlage: V/2011/09588
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09525
- 6.2 Antrag des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zum Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule
Vorlage: V/2010/09228
- 6.3 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Überprüfung der städtischen Förderung von Projektfördermitteln und Kommunal-Kombi-Lohn durch das Rechnungsprüfungsamt*
Vorlage: V/2010/09364 *abgesetzt*
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturpaket II
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2011

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 18. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 16.02.2011.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 16.02.2011.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 16.02.2011 gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.2 Benennung der Vertreter/ Stellvertreter der Stadt Halle (Saale) in die Arbeitsgemeinschaft "Ländlicher Raum"

Vorlage: V/2011/09582

Es gab keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat benennt folgende Vertreter sowie deren Stellvertreter für die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft „Ländlicher Raum“ entsprechend nachstehender Liste:

<i>Vertreter</i>	<i>Stellvertreter</i>	<i>Fraktion</i>
<i>Roland Hildebrandt</i>	<i>Raik Müller</i>	<i>CDU</i>
<i>Dr. Köck, Uwe-Volkmar</i>	<i>Büchner, Hartmut</i>	<i>DIE LINKE.</i>

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 5.3 Besetzung des Beirates der Stadion Halle Betriebs GmbH
Vorlage: V/2011/09587

Es gab keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Stadtrat beschließt die Entsendung der nachstehenden Vertreter in den Beirat der Stadion Halle Betriebs GmbH:*

*Herr Bernhard Bönisch, CDU
Herr Rüdiger Ettingshausen, DIE LINKE.
Herr Dr. Karamba Diaby, SPD
Herr Andreas Hajek, FDP*

2. *Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, für die Besetzung des Beirats der Stadion Halle Betriebs GmbH alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.*

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

**zu 5.5 Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII
Vorlage: V/2011/09588**

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Dr. Meerheim, Herr Krause, Herr Kley, Herr Beigeordneter Kogge** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte die Intention der Verwaltung zum ursprünglichen Beschlussvorschlag des Beschlusspunktes 3. Die aufgrund der Neuregelung des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII durch die Bundesregierung nicht benötigten Mittel sollen zur Deckung der entstehenden pflichtigen kommunalen Mehrausgaben in Höhe von 70.800 € eingesetzt werden. Die Mehrausgaben resultieren aus der Änderung des SGB XII mit Auswirkungen in Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Anschließend ging **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** auf den in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften eingebrachten Änderungsantrag zum Beschlusspunkt 3 ein:

3. Über die Verwendung der dadurch nicht benötigten Mittel beschließt der Stadtrat nach Klärung der Frage inwieweit nach der Änderung von SGB II und SGB XII eine finanzielle Unterstützung der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung durch die Stadt zu Leistungsminderungen für die Betroffenen bzw. zu Zuschussminderungen seitens des Bundes im Bildungspaket führen könnte.

Diesem könne sie zwar generell zustimmen, allerdings müsse eine Deckung der pflichtigen Leistungen in Höhe von 70.800 € vorhanden sein. Anderenfalls ergäbe dies in einer anderen Haushaltsstelle einen Aufwuchs in Höhe des vorgenannten Betrages.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn Beigeordneten Kogge um entsprechende Information.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, stimmte den Ausführungen von Frau Oberbürgermeisterin Szabados ausdrücklich zu und erklärte die aus dem Gesetz der Bundesregierung für die Verwaltung resultierenden Änderungen.

Bestandteil dieses Gesetzes sei das Bildungs- und Teilhabepaket. Innerhalb dieses Paketes werde die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung an Schulen und Kindertageseinrichtungen neu geregelt. Danach soll die Finanzierung der Mehraufwendungen entsprechend des SGB II durch den Bund getragen werden. Die Finanzierung entsprechend des SGB XII einschließlich der Leistungsempfänger nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) soll als Pflichtleistung in Verantwortung der Kommune erfolgen.

Um für den Personenkreis der Leistungsbezieher nach § 3 AsylbLG eine Gleichbehandlung des zu übernehmenden Mehraufwandes gewährleisten zu können, müsse dieser im Rahmen des Halle-Passes bezuschusst werden. Für die Unterabschnitte 4101 und 4200 ergebe sich ein Mehraufwand für die Stadt Halle in Höhe von insgesamt 70.800 €.

Damit die Finanzierung der Pflichtleistung entsprechend des SGB XII in Höhe von 70.800 € sichergestellt werden kann, verständigten sich **Hauptausschussmitglieder** und **Verwaltung** darauf, den Beschlusspunkt 3 wie folgt zu ergänzen:

3. ... Hiervon ausgeschlossen sind die Mittel, welche zur Deckung der entstehenden pflichtigen kommunalen Mehrausgaben in den UA 4101 und UA 4200 in Höhe von insgesamt 70.800 € einzusetzen sind.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bat darum, dass der Betrag bis zur Haushaltsberatung durch die Verwaltung in den Haushalt entsprechend eingearbeitet werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte dies zu.

Daraufhin machte **Herr Kley, FDP-Fraktion**, darauf aufmerksam, dass für das Jahr 2011 bisher kein genehmigter Haushalt vorliege und aufgrund dessen einzelne Haushaltspositionen nicht ohne Weiteres beschlossen werden können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass es hierbei lediglich um Haushaltsansätze ginge und keine Haushaltsbeschlüsse gefasst werden. Sollte eine Zustimmung zur Vorlage einschließlich der Änderungen durch den Stadtrat erfolgen, werde dies in die entsprechenden Haushaltspositionen zum Haushaltsplanentwurf 2011 eingearbeitet und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Weiterhin wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass der Beschlusspunkt 3 eine Art Vorbehaltsbeschluss darstelle, um in Umsetzung des Gesetzes der Bundesregierung bei Bedarf eine finanzielle Unterstützung gewährleisten zu können.

Herr Kley, FDP-Fraktion, beantragte eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der Vorlage.

geänderter Beschlussvorschlag:

1. *Der Stadtrat stimmt zu, dass die Zuschüsse im Rahmen des Halle-Passes für Ermäßigung der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Kindertageseinrichtungen und Ermäßigung für Schülerspeisung für Leistungsempfänger nach dem SGB II und SGB XII mit Inkrafttreten der gesetzlichen Neuregelung der Regelbedarfe entfallen.*

2. Der Stadtrat stimmt zu, dass für Leistungsberechtigte nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), die vom Bildungs- und Teilhabepaket ausgeschlossen sind, der Mehraufwand für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung im Rahmen des Halle-Passes übernommen wird. Für die Mittagsverpflegung ist ein Eigenanteil von 1,00 € durch die Eltern zu tragen.
3. ~~Die dadurch nicht benötigten Mittel werden zur Deckung der entstehenden pflichtigen kommunalen Mehrausgaben in den UA 4101 und 4200 eingesetzt.~~ **Über die Verwendung der dadurch nicht benötigten Mittel beschließt der Stadtrat nach Klärung der Frage inwieweit nach der Änderung von SGB II und SGB XII eine finanzielle Unterstützung der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung durch die Stadt zu Leistungsminderungen für die Betroffenen bzw. zu Zuschussminderungen seitens des Bundes im Bildungspaket führen könnte. Hiervon ausgeschlossen sind die Mittel, welche zur Deckung der entstehenden pflichtigen kommunalen Mehrausgaben in den UA 4101 und UA 4200 in Höhe von insgesamt 70.800 € einzusetzen sind.**

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung der Beschlusspunkte

Beschlusspunkt 1: einstimmig zugestimmt

Beschlusspunkt 2: einstimmig zugestimmt

Beschlusspunkt 3: einstimmig zugestimmt

3 Enthaltungen

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09525**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schlug vor, den Antrag zu vertagen, da von der antragstellenden Fraktion kein Vertreter anwesend sei.

Die **Hauptausschussmitglieder** erklärten sich damit einverstanden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) wird in § 9 Absatz 2 geändert und erhält folgende Fassung:

- (2) *Aus der Reihe der Beigeordneten wird vom Stadtrat der erste allgemeine Vertreter der Oberbürgermeisterin bestimmt. Dieser führt die Amtsbezeichnung „Bürgermeister“. Die weiteren Vertreter bestimmen sich nach dem Dienstalter **als Beigeordneter in der Stadt Halle (Saale)**, bei gleichem Dienstalter nach dem Lebensalter.*

Abstimmungsergebnis:

**vertagt
da von der antragstellenden Fraktion kein
Vertreter anwesend**

**zu 6.2 Antrag des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zum Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule
Vorlage: V/2010/09228**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados ging auf das Abstimmungsverhalten des Ausschusses für Planungsangelegenheiten ein und machte deutlich, dass sie die Vertagung nicht nachvollziehen könne. Sie bat ein Mitglied des Ausschusses für Planungsangelegenheiten um Erläuterung.

Herr Sprung, CDU-Fraktion, erklärte, dass seines Erachtens keine Vertagung vorgenommen, sondern eine Prüfung beauftragt wurde. Das Prüfungsergebnis soll im Juni vorgelegt werden, um dann evtl. erneut darüber zu diskutieren.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass dies der Beschlussvorschlag des Antrages beinhalte. Bei Zustimmung zum Antrag habe die Verwaltung im Juni 2011 einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., stellte ebenfalls den Diskussionsverlauf im Ausschuss für Planungsangelegenheiten dar und wies darauf hin, dass es Bedenken hinsichtlich der Finanzierung bei Umsetzung des Antrages gegeben habe. Im Ergebnis dessen wurde sich darauf verständigt, den Antrag entsprechend des Beschlussvorschlages im Juni erneut zu behandeln. Da dies auch dem Ansinnen des Antrages entspreche, sei die Vertagung nicht zwingend erforderlich gewesen

Frau Oberbürgermeisterin Szabados merkte an, dass das Verfahren zum Antrag im Ausschuss für Planungsangelegenheiten nicht exakt verlaufen sei. Um dieses zu heilen, schlug sie vor, die Abstimmungen der beiden Fachausschüsse als unterschiedliche Voten zu betrachten und den Antrag im Stadtrat zur Abstimmung zu bringen. Bei Zustimmung erfolge die entsprechende Umsetzung durch die Verwaltung.

Seitens der **Hauptausschussmitglieder** gab es keine Widersprüche.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung des Antrages.

geänderter Beschlussvorschlag:

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule (Harzgeroder Straße) zu erstellen und ~~umzusetzen~~ **Umsetzungsmöglichkeiten zu prüfen**. Dabei sollen auch die Nutzer des Cliquentreffs „Schnatterinchen“ und die AnwohnerInnen mit einbezogen werden.*

Die Stadtverwaltung prüft dabei, inwieweit bei der Umgestaltung generationenübergreifende Spiel- und Sportmöglichkeiten installiert werden können.

Die Stadtverwaltung berichtet dem Stadtrat spätestens im ~~Februar~~ **Juni** 2011 über das Konzept und ~~den Stand~~ **über die Möglichkeiten** der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturpaket II

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Mitteilungen:

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass am 21.09.2011 um 17:00 Uhr das Kurt-Wabbel-Stadion mit einem Spiel des HFC eingeweiht werden soll. An diesem Tag sei um 16:00 Uhr ebenfalls die reguläre Hauptausschusssitzung vorgesehen. Um den Stadträten und der Verwaltungsspitze die Teilnahme an der Stadion-Einweihung zu ermöglichen, schlug sie vor, den Hauptausschuss vorzuziehen.

Nach einer kurzen Diskussion verständigten sich **Hauptausschussmitglieder** und **Verwaltung** darauf, die Hauptausschusssitzung am 21.09.2011 bereits um 14:00 Uhr zu beginnen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte über das am 12.03.2011 stattgefundene Bürgerforum. In der Stadt Halle wurde ihres Erachtens eine interessante Grundlage für ein solches Bürgerprogramm zu den Themenbereichen Demokratie und Beteiligung, familiäre Lebensformen, Integration, Demografie, Solidarität und Gerechtigkeit sowie Bildung erarbeitet.

Diese Dokumentation wurde anschließend den Hauptausschussmitgliedern ausgehändigt.

Zudem teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass am 14.05.2011 diese regionalen Bürgerprogramme veröffentlicht und mit Vertretern aus Politik und Gesellschaft diskutiert werden sollen. Der Ablauf und die Form der Diskussion seien ihr bisher nicht bekannt. Allerdings wurde ihr bereits signalisiert, dass die Teilnahme von Stadträten zweckmäßig und sinnvoll wäre. Demzufolge bat sie die Stadträte um Teilnahme an diesem Termin.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados merkte an, dass sie zu diesem Termin nicht anwesend sein könne, da zeitgleich in der Lutherstadt Heidelberg die Vergabe der Auszeichnung „Das unerschrockene Wort“ stattfinde und sie daran teilnehmen werde. Sie erinnerte daran, dass entsprechend des Vorschlages der Stadt Halle Herr Dmitrij Muratow diese Auszeichnung erhalte.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob Herr Muratow in die Stadt Halle eingeladen wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass Herr Muratow eingeladen wurde, aber abgesagt habe. Sie werde in Heidelberg den Kontakt mit Herrn Muratow suchen und nochmals eine Einladung aussprechen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass am 30.03.2011 die Ausschreibung des diesjährigen Weihnachts- und Wintermarktes im Amtsblatt erscheinen werde. Der Weihnachtsmarkt soll vom 21.11. bis 23.12. und der Wintermarkt vom 26. bis 30.12.2011 stattfinden.

Anschließend informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** über die Resonanz des letztjährigen Wintermarktes. Dieser wurde vor dem Jahreswechsel sehr gut angenommen, danach sei die Resonanz äußerst gering gewesen. Aus diesem Grund habe man sich in diesem Jahr für den o. g. Zeitraum entschieden.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, sprach sich gegen den Beginn des Weihnachtsmarktes am 21.11.2011 aus, da dies unmittelbar nach dem Totensonntag sei.

Herr Krause, SPD-Fraktion, schlug den 24.11.2011 vor.

Daraufhin schlug **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** den 23.11. vor. An diesem Tag finde analog des vergangenen Jahres ebenfalls die Stadtratssitzung statt. Demzufolge könne sie gemeinsam mit den Stadträten vor der Sitzung oder in der Pause der Stadtratssitzung den Weihnachtsmarkt offiziell eröffnen.

Seitens der **Hauptausschussmitglieder** gab es keinen Widerspruch zum Vorschlag der Oberbürgermeisterin, den Weihnachtsmarkt am 23.11.2011 zu eröffnen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn Beigeordneten Neumann um entsprechende Information an die Händler.

Darüber hinaus teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass an der Stadtwerkekonzferenz in der Stadt Halle im Mai 2011 ebenfalls Vertreter aus der chinesischen Partnerstadt Jiaxing teilnehmen werden.

In dem Zusammenhang wurde seitens der Stadt Jiaxing erklärt, dass für die Städtepartnerschaft mit der Stadt Halle eine Zusatzvereinbarung notwendig sei. Damit werde die Partnerschaft in China offiziell anerkannt und unterstützt.

Ihres Erachtens werde keine wesentliche Änderung zum ursprünglichen Städtepartnerschaftsvertrag vorgenommen, so dass die zusätzliche Vereinbarung keines Stadtratsbeschlusses bedarf.

Anschließend wurde die Übersetzung der Zusatzvereinbarung den Hauptausschussmitgliedern ausgehändigt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Information, ob nach Auffassung der Stadträte eine wesentliche Änderung des ursprünglichen Städtepartnerschaftsvertrages vorliege und ein separater Stadtratsbeschluss notwendig sei. Anderenfalls würde sie die Vereinbarung in der vorliegenden Fassung unterzeichnen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte nach dem Originalschreiben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, ihm dieses zukommen zu lassen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, bezog sich auf eine Anfrage in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zu Antragstellungen von Leistungen aus dem durch die Bundesregierung kürzlich beschlossenen Bildungs- und Teilhabepaket. Entsprechend der Bitte der Ausschussmitglieder wurde eine Presseerklärung abgegeben.

Danach seien Anträge auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für Haushalte mit Arbeitslosengeld-II-Bezug an das Jobcenter Halle zu richten. Die übrigen Antragsbereiche werden durch das Sozialamt Halle bearbeitet.

Zudem merkte **Herr Beigeordneter Kogge** an, dass demnächst Gespräche mit den entsprechenden Trägern und Schulleitern stattfinden werden, um diese über das Antragsverfahren zu informieren.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fügte hinzu, dass die Regelungen innerhalb des Bildungspaketes sowie die entsprechenden Kontrollen weiterhin in der Zuständigkeit der Stadtverwaltung liegen.

Weiterhin erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass durch die Änderung des SGB II und SGB XII die Kommunen einen Großteil der Finanzierung übernehmen müssen und stellte die Gründe dafür dar. Aus den Sitzungen des Deutschen Städtetages sei hervorgegangen, dass eine Vielzahl von Bürgermeistern innerhalb Deutschlands diese Änderung als kritisch betrachte.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Sprung, CDU-Fraktion, fragte nach einem aktuellen Sachstand zur Wahl des Beigeordneten für Planen und Bauen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass sie darüber im nicht öffentlichen Teil der Sitzung informieren werde.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, bezog sich im Zusammenhang mit der letzten Sitzung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse auf die Finanzierung des Domplatz-Brunnens in Höhe von 200.000 € und verwies dabei auch auf die Übernahme von Patenschaften für Springbrunnen durch halesche Bürger.

Im Zuge dessen fragte **Herr Bartl**, inwieweit für diesen weitere Kosten in den kommenden Jahren für die Stadt Halle entstehen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Stadt Halle lediglich das Grundstück zur Verfügung stelle und keine Folgekosten entstehen werden.

Der Springbrunnen wurde bereits zu DDR-Zeiten in Auftrag gegeben. Der halesche Bildhauer Horst Brühmann habe damals den Auftrag erhalten, den Brunnen zu gestalten. Der Entwurf beinhaltete ein Figurenensemble mit vier Figuren. Die Figuren seien bereits in städtischem Eigentum.

Die Saalesparkasse habe sich der Realisierung des Brunnens angenommen und konnte eine Beteiligung der Stadtwerke erreichen. Beide Unternehmen wollen den Springbrunnen für die Stadt Halle gestalten, finanzieren und betreiben.

Darüber hinaus haben sich eine Vielzahl von Künstlern und Kunstvereinen engagiert, um eine Realisierung des Springbrunnens zu ermöglichen.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte aufgrund der Ausführungen von Frau Oberbürgermeisterin Szabados, ob sich private Sponsoren daran beteiligt haben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stellte klar, dass sich die Personen in Form von Sachleistungen engagiert haben, wie z. B. Architektenleistungen, niedrige Kosten für die Fertigstellung der entsprechenden Gussmodelle usw.

Weiterhin brachte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zum Ausdruck, dass sie die Übernahme von Patenschaften durch bürgerschaftliches Engagement gemeinsam mit entsprechenden Unternehmen ausdrücklich befürworte. So konnten beispielsweise die Fontäne oder das Brunnenhaus am ehemaligen Gesundbrunnenbad wieder hergerichtet werden. Eine Realisierung durch die Stadt Halle wäre aufgrund der städtischen Haushaltssituation nicht möglich gewesen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte nach den Änderungen und Auswirkungen zum Abrechnungsverfahren zur Bemessung der Kosten der Unterkunft. Danach wäre die Warmwasserpauschale nicht mehr Bestandteil des Regelbedarfs. Diese soll zu 100 % an die Kommunen übergehen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat aufgrund der komplexen Thematik darum, dass dahin gehend eine entsprechende Information in Form einer Mitteilung bis zur Stadtratssitzung am 30.03.2011 an die Fraktionen erfolge.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf die Gestaltung des Weges von der Kastanienallee zum Passendorfer Schlösschen. Hierfür wurde Bauschutt verwendet. Diese Art der Gestaltung halte er für nicht zweckmäßig, da man weder mit einem Kinderwagen noch mit einem Rollstuhl dort entlang fahren könne. Im Hinblick auf die Thematik Barrierefreiheit sollte über eine andere Lösung nachgedacht werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung und entsprechende Abhilfe zu. Gleichzeitig bat sie darum, bei derartigen Feststellungen nicht die Ausschusssitzungen abzuwarten, sondern sich sofort an die Verwaltung zu wenden.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, teilte mit, dass aufgrund der teilweise geänderten Zuständigkeiten der Beigeordneten vor allem im Sportausschuss Anfragen der Mitglieder durch die Verwaltung nicht beantwortet werden können.

In Anbetracht dessen fragte **Herr Wolter** nach einer durch die Oberbürgermeisterin festgelegten Regelung, inwieweit die zuständigen Beigeordneten in den Ausschusssitzungen vertreten sein sollen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass entsprechend der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt die Verwaltung über die Oberbürgermeisterin in allen Ausschüssen vertreten sei. Demzufolge vertrete der anwesende Beigeordnete die gesamte Verwaltung im jeweiligen Ausschuss und habe dafür zu sorgen, dass Anfragen der Ausschussmitglieder beantwortet werden können. Die Anwesenheit von mehreren Beigeordneten sei dafür nicht zwingend erforderlich.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach dem Sachstand hinsichtlich der Prüfung zur Errichtung einer Speedskateanlage. Er merkte an, dass die Prüfungen bereits seit 2 ½ Monaten erfolgen und parallel dazu die SPD-Fraktion einen entsprechenden Antrag in die kommende Stadtratssitzung eingebracht habe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass sie dazu momentan keine Auskunft geben könne. Die Verwaltung werde voraussichtlich im Zuge der Beantwortung des Antrages der SPD-Fraktion auf den Stand der Prüfungen eingehen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf den Stadtratsbeschluss zur Umwandlung des Eigenbetriebes KITA. In dem Zusammenhang wurde seitens der Verwaltung zugesagt, den Fraktionen die Stellungnahme zum Widerspruch des Landesverwaltungsamtes zukommen zu lassen. Diese liege bis zum heutigen Tag nicht vor.

Demzufolge fragte **Herr Wehrich**, wann die Fraktionen diese erhalten.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass bereits ein Entwurf vorliege und sich dieser derzeit in der Abstimmung befinde. Nach Fertigstellung der endgültigen Stellungnahme erhalten die Fraktionen diese.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf ein Schreiben der REWE-Markt GmbH. Darin werde die Stadt Halle kritisiert, dass diese eine Überversorgung mit kleineren Märkten zulasse.

Infolge dessen fragte **Herr Wehrich** nach der Reaktion der Verwaltung darauf und ob bereits eine Beantwortung erfolgt sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn Beigeordneten Neumann um Beantwortung.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, brachte zum Ausdruck, dass er die Kritik der REWE-Markt GmbH nicht nachvollziehen könne. Im Ergebnis der erst kürzlich vorgenommenen Einzelhandelsuntersuchung wäre die Nahversorgung in der Stadt Halle ausgezeichnet.

Eine Beantwortung des Schreibens wurde noch nicht vorgenommen, da vorerst eine verwaltungsinterne Abstimmung erfolgen müsse.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat darum, den Fraktionen das Antwortschreiben an die REWE-Markt GmbH zukommen zu lassen.

Herr Beigeordneter Neumann sagte dies zu.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach dem Stand der Fertigstellung des Berichtes zum diesjährigen Hochwasser und brachte zum Ausdruck, dass seines Erachtens darin ebenso die Schlussfolgerungen für zukünftige Hochwasser aufgezeigt werden sollten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass sich dieser zurzeit noch in der verwaltungsinternen Abstimmung befinde und in dem Zusammenhang vor wenigen Tagen ein Gespräch mit dem Landesamt für Hochwasserschutz stattgefunden habe.

Der Hochwasserbericht beschäftige sich ausschließlich mit dem Ereignis. Da sie aber Schlussfolgerungen hinsichtlich des Gimritzer Damms, der Brunnengalerie usw. für zukünftige Hochwasser für wichtig halte, werde darüber separat im Ausschuss für Planungsangelegenheiten sowie im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten berichtet.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, regte darauf hin an, dies vorerst im Stadtrat darzustellen, um die breite Öffentlichkeit darüber zu informieren. Danach könne man in den Fachausschüssen die entsprechenden Details diskutieren.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies auf die übliche Verfahrensweise. Danach erfolge eine Vorberatung in den entsprechenden Fachausschüssen und dann die Einbringung in den Stadtrat.

Zudem teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass die Einbringung des Hochwasserberichtes in die Ausschüsse unverzüglich nach dessen Fertigstellung erfolge.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf die Spielplätze auf der Peißnitz. Trotz ausgewiesener Schilder „Betreten verboten“ werden die Spielplätze genutzt. Er fragte nach den Gründen der Aufstellung dieser Schilder und der weiteren Verfahrensweise.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass in der Beigeordnetenkonferenz vor allem über die durch das Hochwasser geschädigten Spielplätzen beraten wurde. Die erforderlichen Maßnahmen seien in der Regel mit finanziellen Mitteln aus dem Grünflächenamt zu realisieren. Nach Information des Amtsleiters des Grünflächenamtes wären alle Spielplätze bis 30.03.2011 wieder nutzbar.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Anmerkung:

Die beabsichtigte Anregung von Herrn Lange, Fraktion DIE LINKE., zum 100 jährigen Frauentag konnte von Frau Oberbürgermeisterin Szabados richtig gestellt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados beendete die 19. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

A. Kraft
Protokollführerin